

Fr. 1. - Telefon 041 - 28 11 11 Abonnementdienst: 041 - 22 34 31

Luzerner Tagblatt

■ Traurige Bilanz
Panik, Krawalle und Feuersbrünste während Silvesterfeiern haben in verschiedenen Ländern mehrere Tote und Verletzte gefordert. Allein in London wurden drei Menschen getötet. Extra Seite 5

■ «Unterwaldner» starb
Im 89. Jahrgang ist am Freitag der «Unterwaldner» zum letztenmal erschienen. Mit ihm starb ein alter Kämpfer für die Volksrechte in Ob- und Nidwalden. Zentralschweiz Seite 17

■ Das erste Kind
Das Jahr 1983 war erst 30 Minuten alt, als im Kanton Luzern das erste Kind das Licht der Welt erblickte. Das Neujahrskind heisst Deborah. Region Seite 11

■ Grossratspräsident
Seit dem 1. Januar ist der Luzerner Kurt J. Stalder Grossratspräsident. Das «Tagblatt» unterhielt sich mit ihm über aktuelle Fragen. Kanton Luzern Seite 16



Erstes Silvester-Riesenfeuerwerk über der Luzerner Seebucht

LUZERN - pam. Zwischen 15 000 und 20 000 Personen haben schätzungsweise das erste Winterfeuerwerk, das am Silvesterabend punkt 19.30 Uhr über der Luzerner Seebucht gezündet wurde, mitverfolgt. Ebenfalls zum erstmalig in seiner 54jährigen Geschichte wurde das Dampfschiff «Stadt Luzern» im Winter für eine rund vierstündige Silvesterkreuzfahrt unter Dampf genommen. Die ausserordentlich schöne Vollmondnacht liess beide Veranstaltungen zu einem gelungenen Erlebnis auch für die Touristen werden, welche sich aus der ganzen Schweiz und aus Deutschland zu zahlreichen Silvesterfeiern nach Luzern bemüht hatten. Foto Peter A. Meyer



Schneefall behinderte Neujahrsvkehr

LUZERN - th. Ein starker Rückkehrverkehr herrschte am Sonntag bei winterlichen Verhältnissen auf Schiene und Strasse. Allein im Kanton Luzern kam es über die Neujahrseiertage zu neun, im Kanton Nidwalden zu sieben Verkehrsunfällen. Dabei wurde in Escholzmatt ein 72jähriger Mofafahrer tödlich verletzt, während in Ennetmoos der 39jährige Julius Burch einem tragischen Unglücksfall zum Opfer fiel.

■ Mehr auf den Seiten Region und Letzte Meldungen.

Moskau lanciert neuen Vorschlag

Sowjets stellen erstmals Verbindung zwischen strategischen und Mittelstreckenwaffen her

MOSKAU - Von der Sowjetunion ist zu Beginn des neuen Jahres erstmals öffentlich ein Junktim zwischen dem angestrebten Abbau der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa und einer Verminderung der Rüstung der Supermächte mit strategischen Atomwaffen hergestellt worden.

Atomwaffen, die Ziele auf sowjetischem Gebiet erreichen können, zumindest nicht ausbauen werden. Anderenfalls würden die USA eine Möglichkeit zur Umgehung der Unterhöhnung der Grundlagen eines künftigen Abkommens (über «strategische Waffen») haben. Die Sowjetunion hat zudem vorgeschlagen, die Gesamtzahl der strategischen Trägerwaffen bei beiden Supermächten stufenweise bis zum Jahr 1990 auf je 1800 zu verringern. Die Zahl der atomaren Sprengköpfe solle ebenfalls auf einen gleichen Stand gesenkt werden, hiess es in der «Prawda».

Neuer Anlauf
In parallelen Verhandlungen in

Genf sind die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion seit einiger Zeit bemüht, zu einer Einigung sowohl über einen Abbau der atomaren Mittelstreckenwaffen beider Seiten in Europa als auch der strategischen Atomwaffen zu gelangen. Westliche Beobachter erblickten in dem «Prawda»-Kommentar vom Sonntag einen weiteren Versuch der Sowjetunion, den jüngsten Abrüstungsvorschlägen des sowjetischen Parteichefs Juri Andropow Nachdruck zu verleihen. Andropow hat angeboten, die Zahl der in Europa stationierten sowjetischen Mittelstreckenraketen auf 162 und damit auf den Umfang der britischen und französischen Waffen dieser Art zu verringern, falls der Nordatlantikpakt seinerseits auf die beabsichtigte Stationierung von 572 neuen amerikanischen Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Europa verzichtet. Die

USA, Frankreich und Grossbritannien haben ablehnend auf diese Vorschläge reagiert, die dennoch auch im Westen eine lebhafte Diskussion ausgelöst haben.

Grosses Echo

Ein grosses Echo in den amerikanischen und sowjetischen Medien hat unterdessen der Vorschlag des sowjetischen Parteichefs Juri Andropow gefunden, auf einer Gipfelkonferenz mit US-Präsident Ronald Reagan nach Wegen zur Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu suchen. Fast alle wichtigen amerikanischen Zeitungen berichteten an hervorragender Stelle über Andropows Erklärung.

Seite 2: ■ Appelle in Ost und West
■ Ablehnung in Paris

Spektakulärer Bankeinbruch in London

LONDON - Der grösste Raub der britischen Geschichte, der möglicherweise politische Hintergründe hat, ist am Wochenende in London aufgedeckt worden.

dpa. Fast einen Monat nach der Tat bestätigte die Kriminalpolizei, dass unbekannte Diebe bei einer iranischen Bank in London Anfang Dezember eine Beute im Wert von über neun Millionen Pfund gemacht haben. Der bislang grösste Raub war der Überfall auf einen Postzug im Jahre 1963, bei dem 2,6 Millionen Pfund gestohlen wurden.

Die Täter des Bankraubes hatten sich nach den Angaben am Wochenende des 3., 4. und 5. Dezember Zugang in eine Zweigstelle der Sepah-Iran-Bank in der Londoner City verschafft. Nach Angaben eines Sprechers von Scotland Yard gingen die Täter «altmodisch, aber clever» vor: sie hätten es geschafft, die Alarmanlagen ausser Kraft zu setzen und seien anschliessend mit Schweizerbrennern vorgegangen. Dabei fielen ihnen Kassenobligationen und Bargeld in die Hände. Die Kriminalisten untersuchen Vermutungen, dass politische Gegner des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini am Werk waren, doch scheint es noch keine heisse Spur zu geben.

Pierre Aubert wünscht sich mehr Solidarität

Neujahransprache von Bundespräsident Pierre Aubert: «Helfen, wo Hilfe not tut»

BERN - Mehr Solidarität ein- und ausserhalb unseres Landes, Frieden und gegenseitiges Verständnis unter allen Völkern: Dies sind die Wünsche von Bundespräsident Pierre Aubert und die Wünsche des Bundesrates für 1983. Der neue Bundespräsident betonte in der traditionellen Neujahransprache an Radio und Fernsehen: «Wir lassen unsere Mitbürger, die sich in Schwierigkeiten befinden, nicht im Stich.»

AP. Aubert wandte sich in seiner Ansprache vor allem an die Benachteiligten. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass das Jahr 1983 nicht allzu viele Probleme bringe. Die internationale Lage, so der Bundespräsident, steht nicht zum besten: Eine ganze Reihe von Ländern seien am Rande des Bankrotts und viele andere hätten noch immer nicht die Mittel, um ihre Bevölkerung zu ernähren. In den meisten westlichen Ländern habe die Arbeitslosigkeit ein bisher nicht erreichtes Ausmass angenommen, und es scheine, dass ganze Wirtschaftszweige verschwinden würden.

Der Schweiz sei es bei diesen grossen Erschütterungen im ganzen geschehen noch verhältnismässig gut gegangen, sagte Aubert weiter. Aber einige Regionen hätten sie

voll zu spüren bekommen und hätten mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Viele Mitbürger wüssten nicht, wie es für sie weitergehen soll, zahlreiche ausländische Arbeitnehmer hätten die Schweiz verlassen und befänden sich nun in einer schwierigen Lage.

Er hoffe «von ganzem Herzen», unterstrich Aubert, dass diese Entwicklung sich im neuen Jahr verbessern werde. «Wir alle müssen dazu beitragen durch unsere Arbeit und die Behörden dadurch, dass sie die geeigneten Massnahmen treffen.» Der Bundespräsident wies darauf hin, dass die Schweizer schon schwerere Zeiten durchgemacht und immer wieder die Kraft gefunden hätten, sie zu überwinden. Noch nie habe das Schweizer Volk den Aufruf zur Solidarität mit den Bedürftigen in den Wind geschlagen, «und ich hoffe, dass wir auch jetzt wieder bereit sind zu helfen, wo Hilfe not tut.»

Aubert ausserte schliesslich die Hoffnung, dass das neue Jahr ein Jahr des Friedens werde. Er wies darauf hin, dass die Beziehungen zwischen Ost und West sich weiter verschlechtert hätten und mehrere internationale Konflikte andauernden. Es sei zu hoffen, dass sich der Friede, in dem die Schweiz lebe, auf den ganzen Erdkreis erstrecke. Die Schweiz werde, soweit es in ihrer Macht stehe, sich auch in Zukunft für dieses Ziel einsetzen.

TagblattKommentar

Bewährungsprobe für Reagans Präsidentschaft

Die geräuschvollen Reden, die aus Anlass des Jahreswechsels in Ost und West gehalten worden sind, bieten einen ersten Vorgeschmack auf das, was insbesondere auf die Europäer 1983 in Sachen Sicherheit und Entspannung zukommt. In Washington ist man nun dazu übergegangen, in Optimismus zu machen in der Frage, ob die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen doch noch erfolgreich beendet werden können, um damit eine Nato-Nachrüstung zu vermeiden. Auch anerkennt heute der amerikanische Präsident öffentlich den sowjetischen Ansatz zum Kompromiss. Gleichzeitig wird auf US-Seite aber darauf hingewiesen, dass Andropows Vorschläge für eine Lösung des Genfer Verhandlungsknotens bei weitem nicht ausreichen.

Diese Feststellung drängt natürlich auch die Frage auf, ob und wie weit auch auf amerikanischer Seite ein Abrücken von der eigenen Ausgangsposition erwartet werden kann: Reagans Nullvorschlag ist zwar ein faire Angebot, verteidigungspolitisch eigentlich eine «Schallgrenze» für jeglichen Kompromiss. - Und doch ist es verhandlungstechnisch eine Ausgangsposition. Stellt sich also die Frage, ob man auf US-Seite aus gesamtpolitischen und bündnistaktischen Gründen eine neue Kompromisslinie in Genf sachte in die Wege leiten soll oder aber in Sicherheitsüberlegungen stecken bleibt und dabei ein Anheizen der öffentlichen Meinung in Westeuropa riskiert, ein Anhe-

zen, das eine mögliche neue Kompromisslinie noch weiter verschieben könnte und in diesem Falle wohl auch zur Gefahr für das westliche Bündnis ausarten müsste.

Ostlicherseits konzentriert man sich denn auch darauf, diesen amerikanischen Zugzwang voll auszuspielen. Moskau will zwar den Erfolg in Genf, um eine Nachrüstung in Westeuropa zu verhindern, die für die Sowjets verteidigungspolitisch nicht unproblematisch wäre. Doch um den Kompromiss durch *minimales* eigenes Nachgeben zu erreichen, wird ein propagandistischer Kampf in die Wege geleitet, der vorab auf eine weitere Verunsicherung der deutschen Seele zielt; herausgestrichen wird dabei insbesondere der Wille zur Reduktion der eigenen Mittelstrecken-Raketenbestände; vertuscht hingegen wird die Tatsache, dass mit den bisherigen sowjetischen Vorschlägen

- ein landgestütztes nukleares Übergewicht der Sowjets festgeschrieben würde, - mit einer Einbeziehung europäischer Mittelstreckenbestände diese Waffen (nach den Salt-Verträgen) nicht nur ein zweites Mal verrechnet würden, sondern auch die Spaltung zwischen Westeuropa und den USA verteidigungspolitisch in die Wege geleitet würde, und - das konventionelle Ungleichgewicht schliesslich an Bedeutung noch gewinnen müsste. - Und so denn auch Andropows neuester Vorschlag: die Zusammenlegung der Genfer Verhandlungen über

Mittelstrecken- und Interkontinentalwaffen (die zum Teil auch von amerikanischen Experten gefordert wird) könnte zwar Fortschritt bedeuten, löst aber noch lange nicht das globale Ungleichgewicht in Europa.

Kein Zweifel: Die sowjetische Agitations-Zentrale leistet ganze Arbeit: Bereits werden (dem Ex-KGB-Chef) Andropow im Westen liberale Schattierungen nachgesagt und -geschrieben. Und die Zahl der Menschen in Westeuropa nimmt zu, die Grundsätzliches übersehen; die vergessen, dass sie weder durch den nuklearen Schirm der USA noch durch Pershing-II-Raketen (die nicht installiert sind) bedroht werden, sondern vom sowjetischen SS-4, SS-5- und SS-20-Wald. Menschen, die offenkundig ignorieren, wer in Europa seit Kriegsende mit Panzern politische Fragen plattzuwalzen sucht, tödliche Selbstschussanlagen unterhält.

Fazit: auf die amerikanischen Regierung warten in diesem Jahr Entscheidungen, die den rüstungstechnischen Rahmen bei weitem sprengen. Gefragt ist dabei eine Realpolitik, die verhandlungstaktische Beweglichkeit in Genf kombiniert mit globalpolitischer Weitsicht. Für die Regierung Reagan wird das Jahr 1983 damit zur aussenpolitischen Bewährungsprobe schlechthin. - Und Fehler, wie sie beim Machtantritt mit markigem Auftreten fahrlässig verursacht worden waren, sind diesmal tabu.

Thomas Bornhauser